

Lampertheimer Zeitung vom 02.06.2005

"Müssen Bürger Verzicht lernen?"

Politiker sind für maßvollen Bodenaustausch unter Neuschlösser Straßen

LAMPERTHEIM Der Straßenraum im Altlastenbereich von Neuschloß muss saniert werden. Darüber herrschte im kommunalen Parlament seit Anbeginn der Sanierung des kontaminierten Wohnbereichs auf dem ehemaligen Gelände der chemischen Fabrik Konsens. Über den Umfang der Straßensanierung gab es im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am Dienstagabend allerdings unterschiedliche Auffassungen.

Nach mehr als 90-minütiger Debatte und Ringen nach einem Fraktionen übergreifenden Vorschlag votierte ein "Bündnis" aus SPD, FDP, FWG und Grüne für die "Variante II" und folgte damit einer Empfehlung des Magistrats. Der CDU wäre im Blick auf die leere kommunale Kasse die vom Land Hessen alleine zu finanzierende Minimallösung lieber gewesen. Die Realisierung der "Variante II" wird die Stadt etwa 2,3 Millionen Euro kosten. Die letzte Entscheidung muss die am 10. Juni tagende Stadtverordnetenversammlung treffen.

Mit den vier zur Debatte stehenden Sanierungsmöglichkeiten hatte sich bereits der Ortsbeirat Neuschloß bei seiner Sitzung am 12. Mai beschäftigt. Das Gremium legte sich zwar auf keine bestimmte Variante fest, erwartete aber, dass die betroffenen Straßen so saniert werden, dass Folgelasten beim Eingriff in die unterirdischen Leitungssysteme ausgeschlossen werden.

Bürgermeister Erich Maier und Diplom-Geologe Stephan Frech von der Stadtverwaltung stellten dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss die vier Varianten vor, wobei die Diskussion rasch deutlich machte, dass die Mehrheit die Variante II favorisierte.

"Nicht hoffnungsfroh"

Ausgangspunkt ist, dass das Land Hessen lediglich die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen an den Straßen entstandenen Schäden repariert und dafür 2,08 Millionen Euro bereitstellt. Nach den vom Land angestellten Kostenschätzungen müssen zwischen 5,88 (Variante 2) und 11,42 (Variante 4) Millionen Euro aufgewendet werden. Abzüglich des "Landesbeitrages" blieben an der Stadt zwischen 3,8 und 9,34 Millionen Euro hängen. Diese Beträge könnten durch Nutzung eigener Ressourcen und "Beteiligung Dritter" um jeweils bis zu 2 Millionen Euro reduziert werden, meinte Frech von der Bodenschutzabteilung der Stadt Lampertheim.

Umweltminister Dietzel hatte bei seinem jüngsten Besuch in Neuschloß dem Bürgermeister "in Aussicht gestellt", wegen einer Kostenbeteiligung des Landes "noch einmal zu reden". "Hoffnungsfroh bin ich deswegen nicht", bekannte Erich Maier. Er befürchte eher, Lampertheim werde wegen der Finanzmisere beim Land und der aktuell erlassenen Haushaltssperre die über die Variante I hinausgehenden Kosten alleine schultern müssen.

Während die Variante I "Herstellung des ursprünglichen Zustandes" wegen des Verzichts auf den Austausch schadstoffbelasteter Erde von der deutlichen Mehrheit nicht akzeptiert wurde, fand die Variante II Zustimmung. Sie sieht den Austausch kontaminierter Erde im Bereich der Trassen für Versorgungsleitungen bis in eine Tiefe von 1,4 Meter vor sowie die Verlegung

der Versorgungsleitungen in schadstofffreiem Erdreich.

Biss in sauren Apfel.

Diese Lösung würde bedeuten, dass zusätzlich zur Reparatur der beschädigten Fahrbahn- und Gehwegoberflächen die Versorgungsleitungen in schadstofffreiem Erdreich lägen und damit bei erforderlichen Reparaturarbeiten frei zugänglich wären. Eine Abtrennung der sanierten Leitungstrassen zum umliegenden weiter schadstoffbelasteten und nicht sanierten Erdreich werde durch Trennvliese vorgenommen.

Die Notwendigkeit der Sanierung und die finanziellen Belastungen waren die beiden Pole, zwischen denen sich die Debatte bewegte. "Schwere Entscheidung - viel Geld" skizzierte Helmut Hummel (FDP) das Problem und Franz Korb (CDU) meinte: "Wegen der Kosten werden wir uns noch die Augen reiben." Hans Hahn (SPD) sieht keinen anderen Weg, als "in den sauren Apfel zu beißen". Jetzt ordentlich sanieren sei billiger als lange zu warten. Ulrich Guldner (FWG) verlangte, die Versorgungsunternehmen höchstmöglich an den Kosten zu beteiligen, und Helmut Rinkel (Grüne) bewertete die Variante II als die einzig finanziell machbare.

Stadtverordnetenvorsteher Dieter Meyer befürchtete massive Auswirkungen auf den Gesamtetat und ließ keinen Zweifel daran, "dass wir den Bürgern sagen müssen, auf was sie verzichten müssen".

Bürgermeister Maier wies während der Debatte auf die zwischen dem Land und der Stadt getroffenen Sanierungsvereinbarungen hin. Das Land übernehme danach - "ohne verpflichtet zu sein" - 75 Prozent der Kosten. Die Stadt müsse trotzdem mindestens 20 Millionen Euro aufbringen. Neben der Sanierung des Wohngebiets (14,5 Millionen Euro) werde die Sanierung des Sodabuckels und des Areals "Rotes Haus" weitere Millionen verschlingen. "Weil wir das Geld nicht haben, müssen wir Kredite aufnehmen", sagte Erich Maier und mit Seitenhieb in Richtung Kreis: "Hätte der Kreis die Kreisumlage nicht erhöht, könnten wir die Sanierung des Straßenraums locker verkraften."

(Von Wolfgang Werry)